

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM, monatlich 1.50 RM
 frei ins Haus, vorauszahlbar Einzelne
 Nummern 10 Pfg. Postbezugs: Romantisch
 1.50 RM, unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.— RM, für das übrige Ausland
 4.50 RM, monatlich. Versand ins Reich
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Dämo-
 nart, Hedland, Burenburg, Schweden
 und die Schweiz, Eingetragene in die
 Postverzeichnisse.
 Geheimtätigkeit.

Anzeigenpreis:
 Die Neugegründete Polnische Postzeitung
 50 Pfg. Kleine Anzeigen, das
 fettegedruckte Wort 30 Pfg. (zählend
 2 fettegedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und
 Geschäftsanzeigen das erste Wort
 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%.
 Familien-Anzeigen 50 Pfg.,
 politische u. gewerkschaftliche Betriebs-
 Anzeigen 40 Pfg. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Mittwoch, den 20. Februar 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Aufhebung der außerordentlichen Kriegsgerichte

Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung:
 Berlin, 19. Februar. Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich für das Gebiet der Städte: Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Reinickendorf, Berlin-Lichtenberg und Spandau und der Landkreise Teltow und Niederbarnim: Meine Verordnung vom 31. Januar 1918 betreffend Aufhebung des Artikels 7 der preussischen Verfassungsurkunde und Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte tritt mit dem Ablauf des 23. Februar 1918 außer Kraft.
 Der Oberbefehlshaber in den Marken,
 gen. v. Reffel, Generaloberst.

Polen.

Halbamtliches gegen den „Vorwärts“.
 Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt halbamtlich:

Von einem Berliner Blatt ist in einer Notiz zur politischen Fragen die Nachricht verbreitet worden, es werde erwogen, von Polen selbst für Deutschland abzutreten, wie man zur strategischen Sicherung nötig zu haben glaube und den Rest seinem Schicksal zu überlassen. Das Blatt fügt hinzu, daß auch das preussische Staatsministerium sich mit diesem Plan befaßt und ihn entschieden mißbilligt habe. Nach einem vor kurzem einstimmig gefassten Beschlusse habe das Staatsministerium sich mit größter Entschiedenheit gegen eine Erweiterung des von Polen besetzten Staats- und Reichsgebietes ausgesprochen.

Die uns von ausländischer Seite mitgeteilt wird, sind Beschlüsse darüber, was weiter aus Polen werden soll, bisher noch nicht gefaßt worden. Auf den Ausfall der letzten Entscheidung wird selbstverständlich vor allem auch die Art und Weise von Einfluß sein, wie das betretene Polen sich gegenüber Deutschland und Österreich-Ungarn zu verhalten gedenkt.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ bestreitet nicht, daß unsere Nachricht über den Beschluß des preussischen Staatsministeriums richtig war; zu gleicher Zeit schreibt die „Germania“: „Wir können die Richtigkeit dieser Meldung nur bestätigen.“ Daß entscheidende Beschlüsse über Polen schon gefaßt seien, hatten wir nicht behauptet, sondern im Gegenteil gesagt, es gehe drüber und drunter und kein Mensch wisse, was werden solle. Die Wichtigkeit auch dieser Nachricht wird jetzt in den gemessenen Formen einer halbamtlichen Erklärung bekräftigt.

Im übrigen ist es recht unwahrscheinlich, daß man mit dem Erzherzogtum der halbamtlichen Erklärung auf die Polen gründlichen Eindruck machen wird. Umgekehrt scheint das schroffe Auftreten der Polen in Österreich schon Eindruck gemacht und gewisse Wirkungen erzielt zu haben. Jedenfalls ist es auch vernünftiger, wenn man gleich auf gleich mit sich reden läßt, als wenn man von oben her mit Lohn winkt oder mit Strafe droht. Und ist dieser Weltkrieg auch nicht geführt worden, um jeden Traum nationalistischen Ehrgeizes zu verwirklichen, so ist eine neue Verhinderung Polens als sein Ergebnis noch weniger wünschenswert. Sie liegt, wie der Beschluß des preussischen Staatsministeriums ganz richtig erkennt, auch nicht im deutschen Interesse.

Polen und Österreich.

Wien, 18. Februar. (Korrespondenz-Bureau-Meldung.) Heute haben verschiedene Parteiberatungen namentlich der Sozialdemokraten und des Polenklubs, sowie Besprechungen des Ministerpräsidenten mit verschiedenen Parteiführern stattgefunden.

Im Polenklub teilte der Obmann mit, daß die polnischen Minister, Unterrichtsminister Cwiklinski und Minister für Galizien Iwardowski dem Ministerpräsidenten ihr Mißbilligungsgefühl überreicht hätten.

Wien, 18. Februar. (Meldung des Wiener A. A. Telegr.-Korrespondenz-Bureaus.) Die Klätter veröffentlichten nunmehr die Kundgebung der polnischen Mitglieder des Herrenhauses in der Frage des Eobolmerlandes, in der es heißt: In voller Übereinstimmung mit den Gefühlen aller Schichten der polnischen Bevölkerung legen wir gemeinsam mit dem Polenklub der Abgeordneten entschieden und feierlichst Protest ein gegen die in dem Friedensverträge von Brest-Litowsk vereinbarte Grenzbestimmung zwischen dem Königreiche Polen und der Ukraine.

Die Kundgebung weist auf die überwiegende Zahl der Polen in den abgetretenen Gebieten hin und fügt hinzu, ein Volk, das durch eine lange Reihe von Jahren seinen katholischen Glauben und bismarckischen Boden mit Wäpferblut verteidigte, solle nunmehr entnationalisiert und orthodox werden oder dem religionlosen Materialismus preisgegeben werden. Dieses bellagende Volk werde ihm von denjenigen bereitet, die feierlich die Verletzung von fremdem Hoch versprochen. Mit der Einwilligung zu dieser Grenzbestimmung hat Graf Czernin die vor der österreichisch-ungarischen Regierung wiederholt gege-

Vormarsch an der ganzen Ostfront — Besetzung von Dünaburg und Luel — Gefecht bei Zahure.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 19. Februar 1918. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht
 Nördliche Vorstöße des Feindes am Southwulfer-Walde wurden abgewiesen.

Ostlich von Opera und beiderseits der Scarpe am Abend gesteigerter Feuerkampf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Dije-Rhône-Kanal führten Infanterie-Abteilungen erfolgreiche Erkundungen durch.

Südöstlich von Zahure stießen badische und thüringische Kompanien gegen die am 13. 2. in Feindeshand gebliebenen Gräben vor und brachten 125 Gefangene zurück. Der Geländegewinn wurde vor starken feindlichen Gegenangriffen wieder aufgegeben.

Im Luftkampf wurden gestern sieben feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Oberleutnant Loerzer errang seinen 21., Leutnant Udet und Leutnant Kroll errangen ihren 20. Luftpfeil.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Deutsche Truppen sind gestern abend in Dünaburg eingedrungen. Sie fanden nur wenig Widerstand. Der Feind war größtenteils geflüchtet. Die vorbereitete Sprengung der Dünaburg-Brücke ist ihm nicht gelungen.

Beiderseits von Luel sind unsere Divisionen im Vormarsch. Luel wurde kampfslos besetzt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
 Der Erste Generalquartiermeister,
 Ludendorff.

Berlin, 19. Februar. Amtlich. Am 18. Februar abends belegten vier Marineflugzeuge den Seebahnhof von Galaid sowie ein danebenliegendes Barackenlager erfolgreich mit Bomben und griffen dort drei Scheinwerfer mit Maschinengewehr an. Im Barackenlager wurden Brände beobachtet; einer der Scheinwerfer wurde zerstört.

Abendbericht.

Berlin, 19. Februar 1918, abends. Amtlich.
 Von Riga bis südlich von Luel sind die deutschen Armeen im Vormarsch nach Osten.
 Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 19. Februar 1918. Amtlich wird veröffentlicht:
 An der Piave und im Gebiete des Monte Asolone war die Artillerietätigkeit lebhaft. — Truppen der Heeresgruppe Linzingen haben Luel kampfslos besetzt.
 Der Chef des Generalstabes.

benen Verdrängungen bezüglich der Unantastbarkeit den Grenzen des polnischen Königreichs und insbesondere auch der Angehörigkeit des ganzen Cholmer Gebietes radikalstlos gebrochen. Er habe hierdurch auch vom Standpunkte der Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie einen verhängnisvollen Fehler begangen, da er hier offenbar den Anregungen der gemeinsamen Feinde folgte, deren Absicht es gewesen sei, zwischen der Monarchie und dem entstandenen Polenstaate einen unüberbrückbaren Abgrund zu schaffen.

Wir alle, heißt es in der Kundgebung weiter, erkennen das Ende dieses schrecklichen Krieges, sind aber davon überzeugt, daß das Ergebnis von Brest in derselben Weise zu erzielen gewesen wäre, ohne das an Polen verübte Unrecht und ohne den gegen uns begangenen Wortbruch. Die ukrainischen Delegierten befanden sich ja der österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber nicht in der Lage als Sieger, um für ihre Zugeschändnisse Bedingungen aufzuzwingen, die man fast als demütigend bezeichnen kann. Die polnischen Deputiertenmitglieder kündigten sonach eine dem Ernst der Situation entsprechende entschiedene Opposition gegen die Regierung an. Sie sind überzeugt, daß die Krone durch die Regierung nicht in einer der Wahrheit entsprechenden Weise bezüglich der hohen Bedeutung der Einzelbedingungen des Friedensvertrages informiert wurde.

Bundesrat und ukrainischer Friede.

Berlin, 19. Februar. Der Friedensvertrag mit der Ukraine fand heute die Zustimmung des Bundesrats.

Um den Frieden im Osten.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses erklärte Herr v. Kühlmann: „Wir können an die friedlichen Gesinnungen Rußlands nicht mehr glauben und müssen für Ruhe und Ordnung in den an die besetzten Gebiete angrenzenden Ländern sorgen. Unser erneutes Eintreten in den Krieg wird hoffentlich in Petersburg die Geneigtheit zum Frieden stärken. Auch heute noch sind wir bereit, einen Frieden zu schließen, der unseren Interessen entspricht.“

Im politisch unterrichteten Kreise glaubt man daraus schließen zu dürfen, daß eine neue Wendung der Dinge im Osten nicht ausgeschlossen ist, sondern daß die deutsche Regierung nur neue Anzeichen für den Ernst der russischen Friedensabsichten abwarten will. Sollten solche Anzeichen eintreten (und ein Bericht will wissen, daß sie schon eingetreten seien), so wären damit neue Tatsachen geschaffen, die für die weitere Entwicklung nicht ohne Bedeutung bleiben könnten.

Klarheit nach außen und innen!

Die Reichstagsstimmung, die am Dienstag mit einem recht bescheidenen Auftakt eingeleitet hat, dürfte für die Entwicklung unserer politischen Dinge gleichwohl von großer Bedeutung werden. Sie muß die Entscheidung darüber bringen, wie sich das Verhältnis der politischen Parteien zueinander und namentlich auch zur Regierung gestaltet.

Namentlich über die künftige Stellung der Sozialdemokratie hat bereits das große Kätzkraten begonnen. Die Sozialdemokratie hat an dem Zustandekommen der gegenwärtigen Regierung wesentlichen Anteil gehabt. Dieser Tatsache ist sie sich bewußt. Aber sie schöpft daraus keine Verpflichtung zu blinder Erfolgshaft. Sie hat der Ernennung Hertlings, Bayers usw. zugestimmt, als diese ein bestimmtes Programm für ihr Regierungsziel erklärten. Wie weit die Sozialdemokratie diese Regierung unterstützt, hängt ganz naturgemäß davon ab, ob die Regierung auf dem Boden des vereinbarten Programms verharret oder Neigung zeigt, davon abzugehen.

Man kann die Haltung der Regierung — um es sehr vorläufig auszudrücken — in den letzten Tagen zum mindesten nicht als sonderlich klar bezeichnen. Ein General, der einen Gegner täuschen will, mag wohl die Richtung seines Vormarsches durch einen „Schlingenschleier“ möglichst zu verdunkeln suchen. Eine Regierung aber, welche die Mitwirkung bestimmter politischer Parteien wünscht, hat die Pflicht, vor allen Dingen über ihre Absichten Klarheit zu schaffen. Und diese Klarheit muß in der laufenden Reichstagsstimmung mit allen Mitteln gefordert werden.

Zunächst auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Im Osten gehen zurzeit Dinge vor, deren politische Wirkung unermesslich werden kann. Die deutschen Heere haben auf einer Frontlänge von vielen hundert Kilometern einen allgemeinen Vormarsch angetreten. Mehrere bedeutende Plätze sind ohne Kampfhandlungen von ihnen besetzt worden. Ob der Widerstand gegen den Vormarsch sich im weiteren verstärken wird, wissen wir nicht; jedenfalls scheint strategisch die Möglichkeit eines fast unbegrenzten Raumgewinnes mit geringen Opfern vorzuliegen.

Für den verantwortlich Denkenden erhebt sich die Frage: Wohin geht es? Die Frage ist nicht in militärischem, sondern in politischem Sinne gemeint. Wenn je eine Kampfhandlung, so ist diese nicht aus strategischen, sondern aus politischen Momenten heraus geboren. Die Regierung hat uns aber noch mit keinem Wort gesagt, was Zweck und Ziel des Ganzen ist. Einen Druck auf die Volkshenke auszuüben, daß sie formell Frieden schließen? — Wir wissen nicht, ob dieses Mittel das geeignete ist, aber wir wissen, daß die Besetzung weiterer Landstrichen ein Moment ist, das auch den Keim ganz anderer Konsequenzen in sich trägt.

Der Vormarsch führt uns hinein nach Litland und Estland, ferner in das von Verkrüssen bewohnte Gebiet. Nach der bisherigen Politik unserer Regierung (oder für den gebundenen Herrn v. Kühlmann „Regierungen“) kann man nicht ohne weiteres die Vermutung ablehnen, daß sie der Zukunft dieser Völkerstämme nicht teilnahmslos gegenübersteht, sobald sich ihr Gebiet unter deutscher Okkupation befindet. Zu den noch unbedauten polnischen, ukrainischen, lettischen und litauischen Problemen käme dann noch das litwische, estische, weißrussische hinzu. Und wenn wir gar bis an die obere Wolga marschierten, wo die Nordrinen, die Tscheremissen und ähnliche interessante Völkerreste haufen — die Folgen wären gar nicht auszubedenken!

Im Ernst: je weiter sich die deutschen Heere von der jetzigen Frontlinie entfernen, desto größer wird die Gefahr, daß auch die Regierung sich von der Mehrheitsfront, die durch die Reichstagsentscheidung her-

19. Juli 1917 geschaffen wurde, loslöst. Die Tatkaten haben nun einmal ihre eigene Logik in sich: je mehr einer aufpupiert, desto größer wird für ihn auch die Versuchung zu anektieren.

Es ist daher notwendig, daß der Reichstag diesen Vormarsch als das behandelt, was er ist: als eine hochpolitische Angelegenheit. Und die Regierung, die bisher nur die Seeresberichte hat sprechen lassen, wird sich sehr deutlich über ihre Ziele und Absichten bei der Sache zu äußern haben.

In der inneren Politik sahien eine Zeitlang Klarheit zu herrschen. Die Festigkeit der Regierung in der preussischen Wahlrechtsfrage mußte nach den letzten offiziellen Erklärungen als unantastbar angesehen werden. Zweifellos hatten diese auf die Bevölkerung beruhigend gewirkt. Diese Ruhe ist aber jäh in ihr Gegenteil verandelt worden durch den Unfall des stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Wahlrechtskommission. Das starke „Nein“, das die Regierung bisher allen Pluralwahlrechtsplänen entgegensetzte, veränderte Herr Dr. Friedberg in ein „Ja, wenn nur...“

Das Wort vom Teufel, dem man den kleinen Finger gibt, hat die preussische Reaktion wahr gemacht. Sie falsifizierte: gibt die Regierung einem kleinen verächtlichen Pluralwahlrecht ihre Zustimmung, so kann man ihr ein großes unversämtes wohl mit der Zeit auch noch aufreden. Klugs ließen die Konservativen ihren sowieso nicht ernstzunehmenden berufsständischen Wahlrechtsplan fallen und brachten zusammen mit den Freikonserwativen den Vorschlag eines gepefferten Pluralwahlrechts ein mit fünf Zusatzstimmen, von denen der Arbeiter im besten Falle eine, die Alterszuzustimme, erreichen kann.

Damit aber der Lohn nicht fehle: der konservative Sprecher erklärte, auch die Vermögenszuzustimme sei dem Arbeiter zugänglich, denn sechstausend Mark könne doch heutzutage jeder Arbeiter sparen!

16 von 35 Kommissionsmitgliedern haben diesen Antrag unterzeichnet. Zwei Stimmen nur fehlen an der Mehrheit. Rötiger als je erscheint hier eine Regierung, die fest auf dem gleichen Wahlrecht beharrt. Haben wir sie?

Ueber diese Fragen muß zunächst vor allem einmal Klarheit geschaffen werden.

Abdankung des Königs von Rumänien?

Genf, 19. Februar. Wie die französischen Zeitungen vom 17. Februar über Italien mitteilen, soll der König von Rumänien nunmehr tatsächlich abgedankt haben. Eine Bestätigung liegt in Paris allerdings noch nicht vor.

Der bolschewistische Schlag gegen den estländischen Adel.

Ein Grundgesetz der estnischen Arbeiterkommune.

Berlin, 19. Februar. Ein kürzlich aus Reval zurückgekommener Eske gibt folgende Schilderung der Lage in Estland: In der Nacht vom 9. zum 10. Februar unternahm die Rote Garde in Reval im Auftrage des herrschenden Arbeiter- und Soldatenrates der Volkswirtschaft einen Schlag gegen den estländischen Adel. Es wurden zirka 600 Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von Männern und Frauen vorgenommen.

Die Männer wurden im Elevator gefangen gehalten. Der Speicherraum ist kalt, feucht, schmutzig und unhygienisch. Die wachhabenden Matrosen verboten, den Gefangenen Essen zu bringen, wobei sie Verhaftungen vornahmen. Einer der älteren Männer ist dort gestorben. Die Frauen sind in dem heizbaren Rintochter untergebracht. Die Zahl der Gefangenen war am Dienstag schon auf über 1000 gestiegen. Im Elevator waren zirka 600 Männer aus Wesenberg, Weizenstein, Pajal und vom flachen Lande eingetroffen; die Verhaftungen wurden fortgesetzt. In Wladland geht dasselbe vor sich, nur daß die Frauen dort verhaftet sein sollen.

In einem Aufruf an alle Arbeiter (vom 9. Februar) erklärt das Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates dem früheren Adel den Krieg; als außerhalb des Gesetzes stehend ist jeder Adelige zu verhaften. Wer ihm Unterkunft gewährt, wird mit Gefängnis und Vermögensverlust bestraft.

Da fast der gesamte Adel aus den nationalisierten Gütern in die Städte geflohen war und dort Unterkunft gefunden hatte, stehen den übrigen deutschen Kreisen schlimme Zeiten bevor. Einzelne deutsche Pastoren und Bürger sind gleichfalls verhaftet worden; die Schulen wurden geschlossen. Wie es fernerhin möglich sein wird, die zahlreichen verwaisten Kinder zu versorgen, bleibt dahingestellt. Rächst dem Adel richtet sich der gesamte Aufruf gegen die estnischen besitzenden Kreise: an die Bürger, Kaufleute, Hausbesitzer wie auch an die besitzenden Bauern. Bürger und Bauern wird vorgeworfen, eine Konterrevolution geplant zu haben und mit dem deutschen Adel zusammen zu arbeiten. Es wird der Belagerungszustand über alle estnischen Städte verhängt und die Wahlen für die bevorstehende konstituierende Versammlung Estlands werden für ungültig erklärt. Die Volkswirtschaft waren nämlich bei diesen Wahlen unterlegen. Die Spitzen der estnischen Gesellschaft, wie die Führer aller bürgerlichen Parteien sind verhaftet, ihre Häuser verboten worden. Auch mit den Verhaftungen der Bauern hat die Rote Garde bereits begonnen.

Im offiziellen Organ des Arbeiter- und Soldatenrates ist zugleich mit dem Aufruf auch das Projekt eines Grundgesetzes der estnischen Arbeiterkommune veröffentlicht worden. Der erste Punkt erklärt diese Kommune für einen Bestandteil der russischen Republik.

Die Lage in Finnland.

Kopenhagen, 18. Februar. Die „Nationaltidende“ aus Stockholm meldet, hat der Kommandant des Küstenpanzerschiffes „Thor“ die Russen aufgefordert, die Alandinseln zu verlassen. Die Russen sprengten das Munitionslager in die Luft und ließen die Wachtstation und die Signalstation auf Gärseroe in Brand.

Wasa, 18. Februar. (Meldung des Svenska Telegramman.) Der Generalstab der Weissen Garde meldet: Unsere schwachen Kräfte bei Lantskylja sind infolge der Sammlung überlegener feindlicher Abteilungen zurückgezogen worden. Der Feind zieht auch nördlich Tammersfors grösere Abteilungen mit kräftiger Artillerie zusammen. Aus den anderen Abschnitten ist nichts zu melden.

Stockholm, 18. Februar. Laut „Nowaja Schiza“ hat das russische Volkstkommissariat eine besondere Truppenabteilung zusammengestellt, die nach Finnland geschickt werden soll, um dort die Roten Garisten zu unterstützen. „Ischwestija“ veröffentlicht ein Telegramm des russischen Kriegskommissars,

in dem dieser mitteilt, daß Artillerie und Hilfstruppen nach Finnland geschickt werden, und das Munitionskomitee auffordert, gegen die Schutztruppen standzuhalten. Mehrere Rote Garisten, die gefangen wurden, erklärten, sie seien unter Androhung von Todesstrafe zur Teilnahme an den Kämpfen gezwungen worden.

Petersburg, 18. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gens Nordfinland, von Tornea bis Uleaborg, ist in den Händen der Roten Garde. Der Mittelteil des Landes ist in den Händen der Weissen Garde. Der südliche Bezirk von Lammfors steht auf Seiten der Roten Garde. Unrichtig ist die Nachricht, daß Munition aus Schweden in Finnland eingetroffen sei.

Man telegraphiert aus Helsingfors, daß Foglund, Orinlund und Kiffen Sonnabend von Petersburg dort eingetroffen seien. Die Mitglieder des Rates der Volkstkommissare begrüßten die finnischen Gäste. Foglund begrüßte die finnischen Genossen im Namen der Partei.

Fast ganz Süd-Finnland ist in den Händen der Roten Garde. Die Lage bessert sich täglich. Im Norden wird heftig gekämpft. Der Sieg der Roten Garde ist gesichert. Mehr als die Hälfte der finnländischen Bevölkerung steht unter der Herrschaft der Roten Garde. Heute geht ein Zug mit wohl bewaffneten Panzerautomobilen, Geschützen und Maschinengewehren an die Front ab.

Kampf auf Aland.

Stockholm, 18. Februar. (Meldung des Svenska Telegramman.) Ein amtlicher Funkpruch aus Aland aus der späten Nacht meldet: Zwischen dem Schiffskorps und russischen Soldaten auf Aland sind gestern Abend Schüsse gewechselt worden. Es scheint sich jedoch um einen Vorfall böslicher Natur zu handeln. Man hegt immer noch die Hoffnung, daß unter der Mitwirkung des finnischen Gesandten in Stockholm Orpinberg ein Uebereinkommen zu erreichen ist.

Stockholm, 19. Februar. (Meldung des Svenska Telegramman.) Amtlich. Der Eisbrecher Nr. II und der Dampfer Heimdal sind mit Bewachungsmannschaft nach Aland abgegangen, um die finnische Schutzgarde und die russischen Truppen eventuell wegzuführen. Eine dritte Expedition nach Ranttsuato ist deshalb verschoben worden. Das Schicksal auf Aland hat aufgehört.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

Die Polenregimenter aus Rogatschew vertrieben.

Petersburg, 18. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Lage der polnischen Legionäre in Wlad ist fälschbar erschwert durch die unvorhergesehenen Unternehmungen eines Juges mit Roten Garde, der in der Richtung auf Rogatschew abgedankt wurde.

Petersburg, 18. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In den Vorstädten von Rogatschew ist ein erbitterter Kampf entbrannt. Vereingelte Legionäre haben sich in den Befestigungen verschanzt. Am 12. Februar wurde Rogatschew von Osten her genommen. Die Legionäre sprengten an drei Stellen die Brücken über den Dnjepr. Die Operationen gehen weiter. Die Truppen Petluras sind geschlagen und haben sich nach Zitomir gerettet.

Die Kämpfe im Süden.

Petersburg, 18. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Präsident des revolutionären militärischen Komitees hat die Nachricht von dem

Selbstmord Katschals

in Komotsherkast erhalten. General Katschew wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Die den Kosaken Gefolgschaft leistenden Abteilungen vertrieben nach den Kämpfen in der Nacht vom 12. Februar einen Schwanz und zogen sich gegen Kostow zurück. Bei Tagangriff zwangen die Roten Garde die Kosaken zur Uebergabe. Die Lage in Kostow ist drohend, da von der kaukasischen Seite und vom Süden her starke Streitkräfte der revolutionären Truppen Einhalt zu tun, da trotz strengen Befehls des Generals Alexejew die Eisenbahnstrecken nicht unterbrochen worden sind. Alexejew wurde dringend nach Komotsherkast beufen, um sich über den Stand der Dinge zu unterrichten. In Kostow und Zaganrog wurde der Belagerungszustand erklärt. Die Einwohner der genannten Städte werden mit strengen Maßregeln bedroht, für den Fall der Nichtausführung der Befehle der Kosakenregierung. Aus den Arbeiterkreisen bilden die Roten Garde ihre Streitkräfte. Eine Meldung besagt, daß die zwischen Kostow und Boronoch operierende Abteilung des Generals Alexejew auf der Flucht nach Komotsherkast ist.

Petersburg, 18. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Sowjetausch der Volkstkommissare der Don-Republik ist wie folgt gebildet: Vorsitzender: Sergiejew, Arbeitskommissar: Koguidoff, Finanzen: Menschukow. Sozialrevolutionäre vom linken Flügel übernehmen die Posten der Kommissare für Ackerbau, Nahrungsmittelversorgung und Unterricht.

Bessarabien.

Petersburg, 18. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Meldung von der Einnahme von Nischnew durch die Rumänen ist noch nicht bestätigt, doch finden anfängliche rumänische Truppensammeln im Dnjepr-Gebiet statt. Das russische Oberkommando hat energische Maßregeln ergriffen, um die Angriffe im Militärbezirk von Odessa zurückzuweisen und stellt Truppen und Artillerie an der ausgedehnten Grenze Bessarabiens auf. Ruchanow (?) hat das Hauptquartier um Hilfe gebeten. Die dorthin entsandten Roten Garde und russischen Truppen lagern nahe der Donaumündung und am Ufer des Schwarzen Meeres und leisten den rumänischen Truppen Widerstand. Die zur See entsandten Verstärkungen an Marine-Artillerie sollen eine gegnerische Offensive verhindern. In Odessa wurden Vergeltungsmaßnahmen gegen die rumänischen Militärbeamten ergriffen. Der Chef der Militärpolizei wurde verhaftet, die Offiziere leben in der Stadt unter behördlicher Bewachung.

Kampf der Bolschewisten gegen Polen, Ukrainer und Finnen.

Verdrisschew von Roten Garde befehlt.

Petersburg, 18. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Bezirk und Stadt Borogobuje (?) wurden von den Truppen der Sowjets befehlt. Die polnischen Legionäre zogen sich auf Jelna zurück. Ein Teil der Besatzung kradte die Waffen. Jelna und Rogatschew wurden ohne Kampf genommen. Die Polen sind vollkommen umzingelt. Verdrisschew ist von zwei Korps (?) der Roten Garde befehlt. Schizomir widersteht noch.

Stockholm, 18. Februar. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur dauern die Kämpfe bei Lawasgus

an. Bei Charwala in der Nähe von Lawasgus ist eine Schlacht entbrannt. Charwala ist in der Hand der Roten Garde. Die Weisse Garde hatte in dreitägigen erbitterten Kämpfen Ende Januar Lawasgus zu nehmen und vorgedrungen versucht, ohne daß es ihr gelungen wäre. Lawasgus ist durch das Artilleriefeuer gänzlich zerstört.

Die Entente-Gesandten bleiben in Petersburg.

Stockholm, 19. Februar. Entgegen den von Stockholm nach Berlin gelangten Nachrichten, daß die fremden Gesandtschaften Petersburg verlassen hätten, schreibt die „Pravda“, daß diese Meldungen erfunden sind. Die Gesandten hätten heute mehr als je Grund, in der russischen Hauptstadt zu bleiben und Rußland zu unterstützen.

Vern, 18. Februar. Laut Petersburger Meldung des „Corriere della Sera“ wurde der italienische Votschafter in Petersburg an demselben Tage, an dem er von Trogli das Entschuldigungs schreiben wegen der Ausraubung der italienischen Votschaft erhielt, spät abends persönlich angegriffen. Drei Männer, die einem Auto entstiegen, versperrten dem Wagen des Votschafters den Weg, brachten ihm mit Revolvern und beraubten den Votschafter aller diplomatischen Dokumente, die er von der Beratung der Diplomaten der Entente in der amerikanischen Votschaft mitbrachte. Sie entwendeten ihm auch alle Wertgegenstände.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 18. Februar. Eines unserer Unterseeboote hat im Evertagebiet an der englischen Westküste 5 Dampfer mit rund 23 500 Br.-Tn. vernichtet, darunter einen großen englischen Passagierdampfer von etwa 18 000 Br.-Tn. Die übrigen vier Dampfer waren sämtlich beladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Vor den Reichstagsdebatten.

Der Senatorenkonvent des Reichstags trat am Dienstag vor Beginn der Sitzung zusammen und traf folgende Vereinbarungen:

Am Mittwoch beginnt die Plenarsitzung um 11 Uhr, um den Friedensvertrag mit der Ukraine zu beraten. Am Donnerstag fällt die Plenarsitzung aus, dafür tagt der Hauptauschuss, dem der Friedensvertrag mit der Ukraine überwiegen wird. Am Freitag erfolgt die Berichterstattung des Hauptauschusses und daran anschließend die weiteren Lesungen der Vorlage. Außerdem wird der Antrag betreffend die Haftentlassung des Abgeordneten Dittmann behandelt. Am Sonnabend steht zur Beratung der Gesetzentwurf über die Vermehrung der Reichstagsitze und über die Einführung der Verhältniswahl in einer Reihe von Wahlkreisen; außerdem der Gesetzentwurf betreffend Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Am Montag beginnt die Staatsberatung, die mit einer Reihe des Reichskanzlers Grafen Hertling eingeleitet wird. Am Sonnabend, den 23. März, wird der Reichstag in die Osterferien gehen. Man rechnet, daß die Beratungen bis Pfingsten zum Abschluß gebracht werden können.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

nahm in ihrer Sitzung am Dienstag den Bericht des Fraktionsvorstandes entgegen über die Ereignisse der letzten Woche. Im Anschluß hieran fand eine lebhaft ausgeführte Aussprache statt über den Friedensvertrag mit der Ukraine. Als Redner zu diesem Friedensvertrag wurde Abgeordneter Dr. David bestimmt.

Wer im Brunwald raucht, kommt vor das Kriegsgericht.

Einem instruktiven Aufsatz des Ob. Justizrats Kammergerichts Dr. Delius über „Die außerordentlichen Kriegsgerichte“ in der „Deutschen Strafrechtzeitung“ entnehmen wir folgendes: „Versuch und Teilnahme fallen ebenfalls unter § 10, aber nicht die Begünstigung, selbst nicht nach § 267 Abs. 8 Str.-G.-B. Der Versuchsfreiheit des Str.-G., wozu auch die Teilnahme von Privatpersonen an rein militärischen Straftaten gehört, ist unlangreich, wenn man die geradezu zahllosen vom Militärbefehlshaber gemäß § 9b S. 3. G.-B. im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen berücksichtigt. Wer im Brunwald raucht, kommt vor das Kriegsgericht. Nach Bekanntmachung vom 21. September 1916 (R.-G.-Bl. S. 1007) kann allerdings das Kriegsgericht auf Antrag des Richterhalters ohne mündliche Verhandlung Zustimmung des Verurteilten und die vor Errichtung des Str.-G. begangenen gegen § 9b an die ordentlichen Richter verweisen.“

Der Bund der Landwirte schreit nach Bürgerkrieg.

Schießen und schießen lassen.

Die widerliche Szene auf der Jubiläumstagung des Bundes der Landwirte, die wir gestern in der unbedächtigen Darstellung der „Kriegszeitung“ wiedergaben, wird auch von dem offiziellen Bundesorgan, der „Deutschen Tageszeitung“ protokolllarisch festgehalten. Dort heißt es in der Rede des Edlen Oldenburg von Januschau:

Was nach außen gesehen ist, das überwindet die Arme mit ihrem Heldenmut, was aber nach innen gesehen ist, wie wir da herauskommen werden, das ist Gott dem Herrn bewußt. (Sehr richtig!) Der Kanzler, der das eines Tages wieder in Ordnung bringt, auf den wird wohl geschossen werden, und wenn auf ihn nicht geschossen wird, tauzt er nicht. (Heiterkeit und Bravo!) Es kommt doch darauf an, daß er selber auch schießt. (Heiterkeit und Bravo!)

Also es ist wahr, daß die Generalversammlung des Bundes der Landwirte lacht und sich freut bei dem Gedanken, daß es auch in Deutschland einmal zum Bürgerkrieg kommen könnte.

Letzte Nachrichten.

Die Forderungen des französischen Sozialistenkongresses.

Genf, 19. Februar. Der französische Sozialistenkongress nahm eine Tagesordnung an, in der die Rückgabe der deutschen Kolonien, die Volksabstimmung in Elsas-Lothringen, sowie der Verzicht Italiens auf das Okzident der Adria verlangt wird.

Die englischen Metallarbeiter gegen Kriegsverlängerung.

London, 19. Februar. (Reuters.) Die vereinigte Gewerkschaft der Mechaniker verwarf die Vorschläge der Regierung zur Verhaftung von Menschenmaterial mit 121 017 gegen 27 470 Stimmen.

Reichstag.

128. Sitzung, Dienstag, 19. Februar, nachmittags 8 Uhr.
Im Bundesratssaal: v. Pappe, Frhr. v. Stein, v. Krause, Wallraf.

Vizepräsident Dr. Kaasche

eröffnet in Vertretung des durch einen Kurzgebrauch verhinderten Präsidenten Dr. Kaasche die Sitzung mit folgender Ansprache: Seit wir nach unserer letzten Tagung auseinandergegangen sind keine großen kriegerischen Ereignisse eingetreten, die Veranlassung zu besonderen Annahmungen geben könnten. In dem ersehnten Frieden im Osten haben wir einen gewaltigen Schritt vorwärts getan. Wir haben mit dem neuen Staat der Ukraine einen Frieden geschlossen, der für beide Teile ehrenvoll genannt werden kann. Wir haben durch diesen Frieden gezeigt, daß das deutsche Volk bereit ist, ohne gewaltsame Annexionen und Entschädigungen zu verlangen, einen Frieden zu schließen, der es ermöglicht, mit dem betreffenden Lande in dauerndem freundschaftlichem Verhältnis zu leben. Leider ist es nicht gelungen, auch mit den übrigen Teilen Russlands den Frieden zu erreichen. Wenn es unseren Diplomaten nicht gelungen ist, auch Groß-Rußland zum Frieden zu bringen, und wenn der Kriegszustand nach monatelangem Waffenstillstand wieder hergestellt ist, so ist das nicht unsere Schuld. Wir können nur hoffen, daß es unserer energischen Hilfe gelingen wird, den Volkswunden, die sich nach den Grundzügen des Selbstbestimmungsrechts von Groß-Rußland lösten, die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Die Aussichten auf einen baldigen ehrenvollen Frieden im Westen sind nicht besser geworden. Man will nach wie vor nicht mit uns verhandeln, sondern will uns niederkämpfen. Den neuen gewaltigen Kämpfen sehen wir mit Zuversicht entgegen, in dem festen Entschluß, auszuweichen, um die Heimat zu schützen und einen Frieden zu erkämpfen, der uns wieder zu einem freien Lande macht. (Lebhafter Beifall.)

ohne gewaltsame Annexionen und Entschädigungen

zu verlangen, einen Frieden zu schließen, der es ermöglicht, mit dem betreffenden Lande in dauerndem freundschaftlichem Verhältnis zu leben. Leider ist es nicht gelungen, auch mit den übrigen Teilen Russlands den Frieden zu erreichen. Wenn es unseren Diplomaten nicht gelungen ist, auch Groß-Rußland zum Frieden zu bringen, und wenn der Kriegszustand nach monatelangem Waffenstillstand wieder hergestellt ist, so ist das nicht unsere Schuld. Wir können nur hoffen, daß es unserer energischen Hilfe gelingen wird, den Volkswunden, die sich nach den Grundzügen des Selbstbestimmungsrechts von Groß-Rußland lösten, die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Die Aussichten auf einen baldigen ehrenvollen Frieden im Westen sind nicht besser geworden. Man will nach wie vor nicht mit uns verhandeln, sondern will uns niederkämpfen. Den neuen gewaltigen Kämpfen sehen wir mit Zuversicht entgegen, in dem festen Entschluß, auszuweichen, um die Heimat zu schützen und einen Frieden zu erkämpfen, der uns wieder zu einem freien Lande macht. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus ehrt hierauf das Andenken der verstorbenen Abgeordneten (Unabh. Soz.) und Carlo (Z.) in der üblichen Weise.

Ein Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten (Unabh. Soz.) wegen Verstoß gegen das Gesetz über den Verlagerungszustand wird der Geschäftsordnungscommission überwiesen.

Es folgen

Kurze Anfragen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.) stellt fest, daß entgegen einer im Juni 1917 erteilten Auskunft die Generalversammlung der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes Berlin zur Neuwahl der Geschäftsleitung der Ortsverwaltung tatsächlich vom Oberkommando in den Parken verboten worden ist und fragt, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, damit die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes an der Ausübung des Rechts der Neuwahl ihrer Bevollmächtigten nicht weiter gehindert werden.

General v. Wrissberg: Das Verbot ist erst nach der im Juli erteilten Auskunft erlassen worden, und zwar mit Rücksicht darauf, daß bei den im Verbandsbereichenden Strömungen diese Generalversammlung geeignet wäre, Intrigue und Kämpfe in den Verband zu tragen (Nachen bei den Unabh. Soz.) und so auch die Munitionserzeugung zu erschweren. Derartige Kämpfe müssen unter den gegenwärtigen Verhältnissen unbedingt vermieden werden.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß die eben gegebene Antwort insofern vollkommen ungenügend ist, als (Vizepräsident Kaasche: Da die Antwort im Namen des Reichskanzlers erfolgt, wird das dem Reichskanzler wohl bekannt sein. (Weiterer.) —) In dem Reichskanzler bekannt, daß dennoch eine Generalversammlung, die in der Ernennung als führend für den Frieden erachtet worden ist, nachträglich gestattet worden ist, aber mit dem Verbot, in dieser Generalversammlung einen Bevollmächtigten zu wählen?

Vizepräsident Kaasche: Da eine Antwort nicht erfolgt, gehen wir zur nächsten Anfrage über. (Weiterer.)

Abg. Busch (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß in zahlreichen Gemeinden in der Umgegend von Straßburg die Vergütungen für die durch Armierungsanlagen verursachten Kriegsschäden seit Herbst 1914 noch immer nicht bezahlt sind.

Ministerialdirektor Dr. Lewald betont, daß die Feststellung aus Mangel an Arbeitskräften bisher noch nicht möglich gewesen.

Abg. König (Soz.) führt darüber Beschwerde, daß in Dortmund weibliche Personen im Alter von 18 bis 35 Jahren aufgefordert worden sind, sich in eine Weibliche einzutragen.

Ein Argwohnvertreter erklärt, es habe sich nur darum gehandelt, einen Ueberblick über die im Notfälle verfügbaren Arbeitskräfte zu erhalten.

Abg. Voghter (Unabh. Soz.) bringt das Verbot von Versammlungen der Unabhängigen zur Sprache.

Ministerialdirektor Dr. Lewald erwidert, daß das Verbot sich im Hinblick auf die in Steintin vorgekommenen Straßendemonstrationen als notwendig herausgestellt hatte.

Abg. Leube (Sp.) macht darauf aufmerksam, daß die Fernsprecher hauptsächlich durch die Kriegsgesellschaften verursacht sei, die in übertriebener Weise die Fernsprecheinrichtungen für sich in Anspruch nehmen.

Ein Vertreter des Reichspostamts betont, daß die Schwierigkeiten im Fernsprecherbereich in der Hauptsache mit der Unmöglichkeit, jetzt neue Leitungen herzustellen, zusammenhängen. Daß die Kriegsgesellschaften die Leitungen übertrieben in Anspruch nehmen, treffe nicht zu.

Abg. Meerfeld (Soz.) bringt das Verbot des Besuchs einer sozialdemokratischen Versammlung durch Soldaten zur Sprache.

General von Wrissberg erwidert, daß aktiv im Felde befindlichen Militärpersonen nach § 49 des Reichsmilitärstrafgesetzes die Teilnahme an politischen Versammlungen untersagt wird. Der Besuch der sozialdemokratischen Versammlung müßte daher den Soldaten verboten werden. Aus demselben Grunde ist aktiv im Felde stehenden Personen der Besuch von Versammlungen der Vaterlandspartei verboten.

Auf eine Anfrage des Abg. Gaente (Sp.) erwidert Ministerialdirektor Caspar: Der § 313 der Reichsversicherungsordnung hat die wichtige Frage, in welcher Mitgliederklasse oder Lohnstufe die Versicherung freiwillig fortgesetzt werden kann, dahin entschieden, daß die vor dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht nachgehende Klasse oder Stufe zu wählen ist. Erst die Kommission des Reichstags hat die Möglichkeit hinzugefügt, in eine niedrigere Klasse oder Stufe überzutreten. Offenbar, um Mitglieder, denen die Weiterzahlung des bisherigen Beitrags schwer fällt, trotzdem zu ermöglichen, die Mitgliedschaft zu erhalten. An die Möglichkeit, daß ein solches Mitglied später das Bedürfnis haben kann, wieder in die höhere Stufe zu kommen, ist damals wohl nicht gedacht worden, daher dürfte dies Recht jetzt zu verneinen sein. Es wird die Frage geprüft werden, ob diese Befugnis zunächst im Wege der Bundesratsverordnung für Kriegsteilnehmer und für die Kriegsbauer neu einzuführen ist.

Eine Reihe von Petitionen werden debattelos erledigt.

Abg. Erberger (Z.) berichtet sodann über Anträge des Ausschusses über militärische Angelegenheiten. Der Ausschuss fordert die Entlassung der Jahrgänge 1860 und 1870. Wenn Vater und Sohn gleichzeitig an der Front seien, soll der Vater aus der Feuerlinie zurückgezogen werden. Mannschaften und Unteroffiziere sollen ein Recht auf Urlaub erhalten. Die Strafe des strengen Arrestes soll außerordentlich oder gemildert werden.

Abg. Coßmann (Z.) betont, daß es viel Mißgunst erzeugt habe, daß viele junge, unversehrte Leute für die Kriegsinindustrie rekrutiert sind, während Männer von zahlreichen Familien jahrelang in Kasse stehen.

General v. Wrissberg: Bei der Entlassung der älteren Jahrgänge und der Urlaubsgewährung muß die militärische Lage ausschlaggebend sein. Nach Möglichkeit werden die älteren Leute in die Heimat geschickt und durch junge Leute ersetzt. Aber es gibt auch junge Leute, die in der Heimat nicht entbehrt werden können.

Die Anträge werden angenommen.

Nächste Sitzung, Mittwoch 11 Uhr: Der Frieden mit der Ukraine.

Schluß gegen 4 1/2 Uhr.

Die bevölkerungspolitischen Arbeiten des Reiches.

Die ersten Gesetzentwürfe.

Amlich wird gemeldet: Die bevölkerungspolitischen Arbeiten des Reiches, die dem Wiederaufbau unserer Volkskraft nach dem Kriege dienen sollen, werden demnächst durch zwei Gesetzentwürfe eingeleitet werden, die nach der Durchberatung im Bundesrat soeben dem Reichstage zugegangen sind. Der eine Gesetzentwurf betrifft die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der andere richtet sich gegen die Verhinderung von Geburten. Um der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten durch gewissenlosen Leichtsinns entgegenzutreten und in den Erkrankten das Verantwortungsbewußtsein für die Gefährlichkeit ihres Zustandes zu stärken, bedröht § 2 des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten denjenigen mit schwerer Gefängnisstrafe, der den Geschlechtsverkehr ausübt, obwohl er weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß er an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leidet.

Die Bestimmungen des § 3 wehren sich gegen die Kurpfuscher, weil nur in der Hand des Arztes eine sorgfältige Behandlung, die wenn sie frühzeitig und nachdrücklich genug einsetzt, in der Regel zur Heilung führt, gewährleistet ist. Verboten ist demzufolge die gewerbsmäßige Behandlung von Geschlechtskrankheiten sowie die Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane allen Richtungen. Verboten ist ihnen auch, sich öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, wenn auch in verkleinelter Form, zur Behandlung von solchen Krankheiten oder Leiden zu erziehen. Verboten ist endlich jede Fernbehandlung von Geschlechtskrankheiten sowie — § 4 — die öffentliche Anfeindung oder Anpreisung von Mitteln, Wegen, Ständen oder Verfahren zur Heilung oder Vinderung von solchen Krankheiten und die Ausstellung von solchen Gegenständen an allgemein zugänglichen Orten.

Da die Dürnenzun anerkanntermaßen die gefährlichste Verbreitungsquelle der Geschlechtskrankheiten darstellt, wird durch die Bestimmungen des § 5 und 6 eine Sanierung des Dürnenzuns angestrebt mit dem Ziele, möglichst alle Personen, die gewerbsmäßig Anzucht treiben, einer sorgfältigen, soweit möglich freiwilligen und unauffälligen ärztlichen Ueberwachung zuzuführen. Nach den Bestimmungen des § 5 können indes diese Personen auch zwangsweise auf das Vorhandensein von Geschlechtskrankheiten untersucht und im Erkrankungsfall zwangsweise einer Heilbehandlung insbesondere auch in einem Krankenhaus zugeführt werden. § 6 schränkt den sogenannten Kuppelparagraphen (§ 180 des Strafgesetzbuches) dahin ein, daß dessen Vorschriften keine Anwendung finden sollen auf das Gewöhnen von Wohnungen an Personen über 18 Jahre, wenn damit weder ihre Ausbeutung noch ein Einhalten zur Unzucht verbunden ist.

Um die Hebung der Bevölkerung von Geschlechtskrankheiten zu verhindern, ist in § 7 bestimmt, daß Kammern, die ein fremdes Kind stellen, im Besitze eines unmittelbaren oder mittelbaren Zutritts zu einer ärztlichen Gesundheitsüberwachung sein müssen. Verboten ist ferner jede weibliche Person, die ein fremdes Kind stellt, trotzdem sie weiß, daß sie an einer Geschlechtskrankheit leidet. Andererseits wird auch derjenige unter Strafe gestellt, der ein syphilitisches Kind, für dessen Pflege er zu sorgen hat, in Kenntnis der Erkrankung von einer anderen Person als der Mutter stellen läßt, und wer ein geschlechtskrankes Kind wissentlich in Pflege gibt, ohne die Pflegeeltern von der Krankheit des Kindes zu benachrichtigen.

In dem Entwurf des Gesetzes gegen die Verhinderung von Geburten sind im § 1 Handbuchen gegeben, um das gewerbsmäßige Herstellen, das Vorratshalten und Inverkehrbringen von Mitteln oder Gegenständen, die geeignet sind, die Empfängnis zu verhüten oder die Schwangerschaft zu befechtigen, zu verbieten oder zu beschränken; jedoch soll hierbei, soweit solche Mittel zugleich der Verhütung von Geschlechtskrankheiten dienen, auf die Bedürfnisse des Gesundheitsschutzes Rücksicht genommen werden.

Verboten ist weiterhin in § 3, empfängnisverhütende oder fruchtabtreibende Mittel, Gegenstände oder Verfahren öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften usw. anzuhändigen oder solche Mittel und Gegenstände an allgemein zugänglichen Orten auszustellen. Strafflos bleibt ihre Anhängigung an Ärzte und Apotheker oder in ärztlichen Fachzeitschriften.

§ 4 wendet sich mit schweren Strafandrohungen gegen jedes öffentliche Anbieten eigener oder fremder Dienste zur Vornahme oder Förderung der Befestigung der Schwangerschaft. Schwerer Strafe unterliegt gleichfalls, wer gewerbsmäßig Mittel, Gegenstände oder Verfahren zur Verhütung der Empfängnis bei anderen Personen anwendet oder seine eigenen oder fremden Dienste hierfür anbietet.

Weiße Gesetzentwürfe bringen zum Teil einschneidende Maßnahmen. Solche sind indes unvermeidlich, um den Verwüstungen an Gesundheit und Familienglück, die das Ueberhandnehmen der Geschlechtskrankheiten nach sich zieht, zu begegnen und dem unter dem Einfluß des Krieges sich immer bedrohlicher gestaltenden Geburtenrückgang zu steuern.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifforderungen der Steinarbeiter.

Die Steinarbeiter Berlins haben ihren Tarif gestündigt. Für die Neubestimmung desselben hat eine Mitarbeiterversammlung am Sonntag nach dem Vorschlage der Tarifkommission folgende Forderungen aufgestellt:

Die Feuerungszulage erhöht sich am 1. März um 4 M., am 1. Juli um 5 M. pro Woche. Der Stundenlohn erhöht sich für Feinmetzen von 1:10 M. am 1. April auf 1:30 M., am 1. Mai auf 1:50 M.; für Schlichter, Fräher, Treiber von 0:88 M. am 1. April auf 1:10 M., am 1. Mai auf 1:30 M. Das angewendete Fabrikgeld ist von den Arbeitgebern zu zahlen. Außer dem Fabrikgeld ist täglich eine Stunde Fahrzeit zu vergüten, wenn die Arbeitstätte am Nordring außerhalb der Stadtgrenze Berlins und am Siedring außerhalb der Dete Charlottenburg, Westend, Halensee, Schmaragdberg, Bismarckpark, Schöneberg, Tempelhof, Neutempelhof, Trostlos, Stralau-Summelburg liegt. Für die außerhalb dieser Grenzen liegende Zonen sollen die bisherigen Bestimmungen be-

stehen. Geleiten und Schleißen erhalten bei Arbeiten an auswärtigen Plätzen, wenn sie von Berlin aus dorthin geschickt werden, den Berliner Stundenlohn und eine tägliche Zulage von 8 M. einschließlich der Sonn- und Feiertage. Für den Schriftbaurtarif ist eine besondere Vorlage ausgearbeitet, nach der sich sämtliche Positionen des bisherigen Tarifs erhöhen.

Für die in den Marmorbetrieben jetzt als Schleiferinnen zahlreich beschäftigten Frauen wird gefordert ein Stundenlohn von 55 Pf. im ersten, 65 Pf. im zweiten, 75 Pf. im dritten Halbjahr und eine wöchentliche Feuerungszulage von 15 M., die sich vom 1. Juli ab auf 20 M. erhöht. Hinsichtlich der Arbeitszeit und des Ueberstundenzuschlages sollen die Frauen den Männern gleichgestellt und Abfindungen als unzulässig erklärt werden.

Außerdem nahm die Versammlung den Geschäftsbericht für das vierte Quartal entgegen, aus dem hervorgeht, daß sich die Mitgliederzahl auf 203 beläuft und 321 Mitglieder dem Geze angehören.

Auf ihren Antrag, die Steinarbeiter als Schwerarbeiter anzuerkennen, hat die Ortsverwaltung den Bescheid erteilt, daß er nicht allgemein bewilligt werden kann, sondern nur für gewisse Arbeiten, wenn die Betriebsbedingungen auf Antrag einzelner Firmen deren Arbeiter oder einen Teil derselben als Schwerarbeiter anerkennen. Die Ortsverwaltung hat sich dann an sämtliche Gewerkschaften gewandt, die meistens den Antrag abgelehnt, zum Teil aber antwortet haben, das sei Sache der kommunalen Verteilungsstellen. Die Gemeindebehörden, an die sich die Ortsverwaltung wandte, haben zum Teil die staatliche Verteilungsstelle für zuständig erklärt, zum Teil auf die Gewerkschaften verwiesen. — Nun sollen die Arbeiter ihrer Firma zu entsprechenden Anträgen veranlassen.

Weitere Teuerungszulagen im sächsischen Bergbau.

Nachdem durch erneute Eingabe seitens der Organisationsleitung der Bergbauische Verein an die noch ausstehende Erhöhung der Löhne erinnert worden war, erfolgte auf den Westen drückenden Beschlusse folgende Bekanntmachung:

Alle Arbeiter über 21 Jahre erhalten eine weitere Teuerungszulage von 80 Pf. pro Tag, insgesamt 2:30 M. Von 16 bis 21 Jahren erhalten weitere 40 Pf., und bis 16 Jahre 20 Pf. Das Stundengeld wird für jedes Kind um 2 M. pro Monat erhöht und beträgt nummehr 6 M.

In der „Bergarbeiter-Zeitung“ wird hieran folgende Bemerkung geknüpft:

Auf die anderen Forderungen scheint man keinen Wert gelegt zu haben. Vor allem hätte die Frage der achtstündigen Schichtzeit ernstlich erwogen werden müssen, denn das Fortdauern von Ueberstunden muß zu einem gesundheitlichen Zusammenbruch führen. Auf diesen Punkt wendet man sich über die vielen Erkrankungen und hierin Umständen, was die Arbeiter auf ihren Vorkämpfern haben, weil man die Karmelade als nicht ganz einsehend im Verdacht hatte. Kein! Das Uebel der Erkrankungen ist die von uns schon lange vorausgesagte Verengung der Arbeitszeit, hervorgerufen durch ungenügende Ernährung und Ueberlange Arbeitszeit. Leider sind die Leidtragenden immer wieder die Arbeiter und deren Familien. In allen diesen Fragen kann nur auf dem Wege der Selbsthilfe Befreiung geschaffen werden, und das einzige wirksame Mittel dazu ist eine starke Organisation. Das mögen sich auch bei dieser Gelegenheit die Bergarbeiter recht ernstlich einprägen. Wer trotzdem nicht beiträgt, darf sich über die Folgen nicht beklagen, sondern muß dafür verantwortlich gemacht werden. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und muß auch als Gegner behandelt werden.

Parteinachrichten.

Die Kampart Unabhängiger.

In der „Sächsischen Tagespost“ wurde unlängst das Gebahren eines von Ledebour enthusiastischen Menschen gekennzeichnet. Der Genosse Treu vom Reinerpust weigert sich lächerlich mitzubestimmen. Der Unabhängige Abgeordnete Simon verteidigte dieses Vorgehen mit der Begründung, an einem solchen Angriff des Genossen Timm auf Stralauer auf der letzten Parteikonferenz. Genosse Wolf Braun rüdt jetzt diese Äußerung schon ins Licht.

Genosse Hermann Müller hat als Vorsitzender der Parteikonferenz, in der sich das allgemein und sofort in energischer Weise verurteilte Vorgehen des Genossen Timm ereignete, in Berlin in aller Schroffheit und Entschiedenheit Timm gelobt. Genosse Timm selbst hat manhaft sein lebhaftes Bedauern in Form einer Abbitte zum Ausdruck gebracht. Wie ganz anders bei den Unabhängigen. Sie nennen das Mutigsteigen des Genossen Treu in der „Leipziger Volkszeitung“ und in „Gottbaer Generalanzeiger“ ein „Kodaxpuffen“. In der von uns aufbewahrten Nummer des „Gottbaer Generalanzeiger“ vom 25. Januar heißt es wörtlich: „Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir für das Kodaxpuffen gerne die Verantwortung tragen“. Genosse Simon kommt recht spät mit seiner patheistischen Erklärung. Richtig ist, daß er uns am 17. Januar mitgeteilt hat, daß der eigenartige Polemik gegen Genossen Treu kein eingeschriebenes Mitglied der Unabhängigen Partei sei. Wir hatten das auch nicht von ihm behauptet, nehmen aber heute wie damals an, daß er ein Anhänger Ledebours ist.“

Vorwärts auf allen Wegen!

Einen sehr erfreulichen Aufschwung hat unser neues Parteiblatt in Düsseldorf genommen. Wie es in seiner Nummer 8, vom Sonnabend, den 16. 8. M. mittelt, wurden von der zweiten Nummer des Blattes allen 10 000 Exemplare im Strahlenhandel umgesetzt. Dazu kommt noch die ständig wachsende Zahl der letzten Abonnenten in Düsseldorf und im Felde, ferner die Zeitungen, die an die Nachbarmarktreise abgegeben werden, so daß das neue Blatt schon jetzt auf eine sehr respektable Leserschaft zählen kann. Die Antwortentscheidung der Düsseldorfener Kreise ist aber noch keineswegs abgeschlossen, denn ständig lauten beim Verlage neue Beschlüsse ein, in erheblicher großer Zahl auch aus dem Felde. Das gibt die Veredlung an der Hoffnung, daß die seit der Parteipaltung unheilvollen Verhältnisse in der Düsseldorfener Parteibewegung wieder gefunden werden.

Die Massen für den Verständigungsfrieden.

Am Freitag und Sonnabend sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Müller in Rürnberg und in Nürnberg lebhaftem Beifall in stark besetzten öffentlichen Versammlungen über das Thema „Der Verständigungsfrieden und seine Gegner“. In der Diskussion sprach in Rürnberg der Abgeordnete Simon vom Standpunkt der Unabhängigen aus. Eine vom Bureau vorgelegte Resolution erteilte von der Regierung ein klares Verbot zu einem allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des demokratisch ausübenden Selbstbestimmungsrechts der Völker, und von der Reichstagsaktion, daß sie sich mit allem Nachdruck und allen parlamentarischen Mitteln für die Durchführung der vom Parteiausdruck aufgestellten Forderungen einsetzt. Die Resolution wurde mit einem von Simon beantragten Zusatzantrag, der die Freilassung aller wegen politischer Vergehen verhafteten und verurteilten Genossen und Genossinnen verlangt, einstimmig angenommen. — In Rürnberg verurteilte ein Unabhängiger die Politik der Partei in halbständiger Rede mit den größten Unwohlsein zu verurteilen. Unter dem Befehl der Versammlung fertigte ihn Genosse Müller gebührend ab.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Charlottenburg, Kolonnenstraße 4, Freitag, den 22. Februar, abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen Dr. A. Dohstäter über: „Reisereisende“. Bitte willkommen.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Neudamm; für Angelegenheiten: Theodor Giese, Berlin. Verlag: Voemants-Verlag G. m. b. H. O. Berlin. Druck: Voemants-Verlag, Neudamm und Verlagsgesellschaft Hans Eberhard & Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 1 Blatt 5 Pfennig, 6 Blätter 30 Pfennig.

Groß-Berlin

Das Stiefkind Berlin.

Die Bahmlegung des Straßenbahnverkehrs.

Wenn in der Tätigkeit des Reichskommissars für die Kohlenversorgung...

Unsere einzige Hoffnung besteht darin, daß die Verordnungen...

Neben den gestern mit teilsigen Verkürzungen der Straßenbahnlinien...

I. Durch Änderung des Betriebes oder früheren Betriebes... II. Durch Erweiterung des Fahrplans...

2,20 Minuten nach der vollen Stunde; ab Hundeshöhe über Königsallee...

Oberbürgermeister Vermuth hat als Vorsitzender des Kohlenverbandes...

Sieh gründlich nach! Liegt nicht in deiner Schublade noch Schmutz, den du schon lange der Goldantastelle hättest verkaufen sollen?

Schärfung des Groß-Berliner Straßenbahnverkehrs erhoben werden...

Zur Tarifserhöhung der Großen Berliner.

Unter dem Vorhug des Oberbürgermeisters Vermuth trat am Dienstag...

Kaffee-Ertrag-Anmeldung in Groß-Berlin.

Die Anmeldefrist für den Vorkaufsschnitt 2 der neuen Kaffee-Ertrag-Karte...

Räuferteilung. Vom Donnerstag, den 21. bis Sonntag, den 24. Februar...

Neber „Heizung und Beleuchtung während der Kriegszeit“ sprach am Montag...

Panik bei einem Brande.

Ein Großfeuer, bei dem mehrere Familien in größter Lebensgefahr...

Verhaftung der Steglitzer Diebstahlsbande. Der Berliner und Steglitzer Kriminalpolizei...

Schönberg. Öffentliche Mahnung zur Sparsamkeit. Auch der Schönberger Magistrat...

Mahnungen durch die Post, die rückständigen Steuerzahler durch öffentliche Bekanntmachung...

Wilmersdorf. Öffentliche Mahnung der künftigen Steuerzahler. Bei Erhebung der direkten Staats- und Gemeindesteuern...

Beifügen. Aus der Gemeindeverwaltung. In der letzten Sitzung der Gemeindeverwaltung...

Groß-Berliner Parteinachrichten. Die weiblichen Funktionärinnen Groß-Berlins hielten Montagabend eine gutbesuchte Versammlung...

Die Anmeldefrist für den Vorkaufsschnitt 2 der neuen Kaffee-Ertrag-Karte...

Räuferteilung. Vom Donnerstag, den 21. bis Sonntag, den 24. Februar, wird in dem oberhalb des Tiergarten- und Lindenparkes...

Neber „Heizung und Beleuchtung während der Kriegszeit“ sprach am Montagabend Stadtrat Loehning...

Panik bei einem Brande. Ein Großfeuer, bei dem mehrere Familien in größter Lebensgefahr...

Verhaftung der Steglitzer Diebstahlsbande. Der Berliner und Steglitzer Kriminalpolizei...

Schönberg. Öffentliche Mahnung zur Sparsamkeit. Auch der Schönberger Magistrat...

Trotz alledem

wächst der Leserkreis des „Vorwärts“ von Tag zu Tag! Trotz alledem muß er noch weiter wachsen!

Wer einen Kameraden hat, der noch nicht den „Vorwärts“ hält, rate ihm, den folgenden Zettel...

Formular for subscription: Ich bestelle ab 1. März den „Vorwärts“. Monatlich 1,50 M. Name, Wohnort, Straße, Nr.

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. 1 Uhr: Don Carlos. Kammerstücke. 7 1/2 Uhr: Der schwarze Handschuh. Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Untergrund. Schön. Tor. 7 1/2 Uhr: Die Hermannschlacht. Dir. C. Meinhart - R. Bernauer. Theater Königgrätzerstr. 7 1/2 Uhr: Strindberg-Abend. Komödienhaus. 7 1/2 Uhr: Der Unbestechliche. Berliner Theater. 7 Uhr: Blaublaues Blut.

URANIA 8 Uhr: Die Ukraine. 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Parasiten und Krankheitserreger. Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Eine Waise. Walthalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Dornröschen. 7 1/2 Uhr: Am Goldenen Horn.

Fleischhallen-Theater. Allabendlich 7 1/2 und Sonntag nachmittags 3 Uhr. Stettiner Sänger. Zum Schluss: Mein Weib-Nachtraum. Nachmittags ermäßigte Preise!

Theater für Mittwoch, 20. Februar. Central-Theater. Kommandantenstraße 57. 7 1/2 Uhr: Die Czarndarstellerin. Deutsches Opernhaus. 7 Uhr: Prosa. Hierauf: Das hollische Gold. Friedrich-Wilhelmst. Theater. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Kleines Theater. 7 1/2 Uhr: Nante. Komische Oper. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädels. Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul. Neues Operettenhaus. Schiffb. 4a. Kassenstr. N. 281. 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels v. Lindenhof. Residenz-Theater. 7 1/2 Uhr: Der junge Zar. Schiller-Theater O. 7 1/2 Uhr: Pauline. Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Schneider Wibel. Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen. Theater am Nollendorfplatz. 7 1/2 Uhr: Die Nibelungen. Theater des Westens. 7 1/2 Uhr: Der verleihte Herzog. 4 Uhr: Hänsel und Gretel.

Kaffee Luitpold. Motzstr. 15. Solisten-Kapelle. Täglich Auftreten des Pistonzirkus Leo Fuhrmann. Eintritt frei. Speisen und Getränke in unerreichter Qualität.

Admiralspalast. 7 1/2 Uhr: Deutsche Tänze von Schubert. Abrakadabra.

Die Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft. vergrößert ihre Plantagen zum Frühjahr auf das Doppelte, und nimmt jetzt weitere Mitglieder auf. Hilfe Teilnehmer mit Anreisen zu 100 Mk. zu 200 Mk., zu 300 Mk. und bis zu 1000 Mk. auf. Anleihe wird zum vollen Nennwert in Zahlung genommen. Das Gemüse wird in unseren Verteilungsstellen an die Mitglieder billig abgegeben, bei nötiger Auslieferung des Groß- und Kleinhandels. Der Gewinnüberschuss wird als Dividende an die Mitglieder verteilt. Die alten Mitglieder sind mit Wintergenüß reichlich versorgt worden. Die jetzt neu beitretenden Mitglieder sind berechtigt, schon an der ersten Verteilung von Frühgemüse teilzunehmen. — Aufnahme neuer Mitglieder haben wir im Laden Petersburgerstr. 42. Montags, Mittwochs, Freitag 9-12 und 4-7, außerdem Sonntag 11-1. Ferner im Leben Rosenhagenstr. 4. Dienstags, Donnerstags, Sonnabends 10-4 und Sonntag 8-10. Ferner täglich im Verwaltungsbüro: Burgstr. 27 III. Zimmer 76 (gegenüber Sina's Buch). (17/18)

NATIONAL-THEATER. Cöpenicker Straße 22. In Deutsch-Amerik. Theat. 7 1/2 Die ist richtig! ... 7 1/2 Gr. Posse in 3 Akte v. Dr. Lipschütz. Musik v. Bromme. Sonntag 3 1/2 Uhr: Studentenlieben.

Berliner Konzerthaus. Mauerstraße 22. Zimmerstraße 20/21. Heute: Großes Konzert des Berliner Konzerthaus-Orchesters. Leiter: Komponist Franz von Sion. Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr. An allen Nachmittags-Konzerten im vollen Orchesterbesetzung.

WINTERGARTEN. Hegelmann Truppe. Hochstarkünstler. Herbert Kühling. 14jähr. Klaviervirtuose. Grote Fluur. rheinische Pianistin. sowie der erfolgreiche Februar-Spielplan.

Busch. Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2, u. 7 1/2, U. Granatenkönig Planet. Aufnahmen einer scharf abgeschossenen 46 Pfund schweren Granate. 3 Reize. Karl Rejasek, Schmelzmeister auf „Czarndarsteller“. Zum Schluss: Mondfahrt.

Zirkus A. Schumann. Bf. Friedrichstr. Anf. 7 1/2. Letzte Saison in Berlin. Nur noch kurze Zeit. Aus dem reichhaltigen Sport-Programm besonders hervorzuheben der Arahier Malay Sayd mit sein. 10 dr. Kamelen. Nadehura. exotischer Dressurakt. Gr. Ausst. Mexiko. Pantomime.

Voigt-Theater. Badstr. 58. Badstr. 58. Täglich: O diese Chemänner! Rollenerstr. 6 1/2, Vinjan 7 1/2, II. Apollo. Friedrichstr. 210. 7 1/2. Der Flieger von Tsingtau sowie die verblüffenden Variété-Attraktionen. Theaterkass. ab 10 U. ununterbr. geöffnet.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonntag 3 1/2, u. 7 1/2. Neue! Marie-Louise beste Posse. Der schöne Wilhelm. Neue Berl. Revue-Bilder usw. Schluss des Hartstein-Gastspiels am 28. Febr.

Casino-Theater. Volbringstr. 37. Tägl. 7 1/2, II. Wieder ein alterer Schlag. Witziger Humor! Gr. Erfolg! Hamsterfrühe. Berl. Welle in 3 Akte. — Dazu: Heck, 2 Eros, Carry Hartwell. Sta. 4 II. Schipp, schipp, hurra!

Trianon-Theater. 7 1/2 am Bf. Friedrichstr. 7 1/2. Tel.: Zentrum 4027 und 2301. Der Lebensschüler. Komödie von Ludwig Fulda. Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz, v. Mollendorff, Flink, Kottner. Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannisfeuer. Schwarzer Kater. Friedrichstr. 165. Ecke Behrenstraße. Claire Waldoff. Willi Prager. Werner Goldmann. u. das hervorragende Februar-Programm.

Zigarren I. großer Auswahl! F. Ernst Borch, Berlin, Str. 21. Franz Abraham. Hans Meisinger, a. Romertrank-Kell. G. 3. Berlinstr. 14. Fernsp. Kest. 13736. Sandagen, Gummiw. R. Banne, Stralauer Str. 24. E. Kraus, Krammstr. 33. A. E. Lange, Brunnenstr. 166. Bäder- u. Konditoreien. Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 10. Lachan, Gr.-Lichtstr., Cassowest. 14. Bierbrauerei, Bierhandlung. Brauerei Bötzw. Qualitätsbiera. Hermann Meyer, Schützenstr. 21.

Kaffee Luitpold. Motzstr. 15. Solisten-Kapelle. Täglich Auftreten des Pistonzirkus Leo Fuhrmann. Eintritt frei. Speisen und Getränke in unerreichter Qualität.

Admiralspalast. 7 1/2 Uhr: Deutsche Tänze von Schubert. Abrakadabra.

Die Norddeutsche Gemüsebau-Gesellschaft. vergrößert ihre Plantagen zum Frühjahr auf das Doppelte, und nimmt jetzt weitere Mitglieder auf. Hilfe Teilnehmer mit Anreisen zu 100 Mk. zu 200 Mk., zu 300 Mk. und bis zu 1000 Mk. auf. Anleihe wird zum vollen Nennwert in Zahlung genommen. Das Gemüse wird in unseren Verteilungsstellen an die Mitglieder billig abgegeben, bei nötiger Auslieferung des Groß- und Kleinhandels. Der Gewinnüberschuss wird als Dividende an die Mitglieder verteilt. Die alten Mitglieder sind mit Wintergenüß reichlich versorgt worden. Die jetzt neu beitretenden Mitglieder sind berechtigt, schon an der ersten Verteilung von Frühgemüse teilzunehmen. — Aufnahme neuer Mitglieder haben wir im Laden Petersburgerstr. 42. Montags, Mittwochs, Freitag 9-12 und 4-7, außerdem Sonntag 11-1. Ferner im Leben Rosenhagenstr. 4. Dienstags, Donnerstags, Sonnabends 10-4 und Sonntag 8-10. Ferner täglich im Verwaltungsbüro: Burgstr. 27 III. Zimmer 76 (gegenüber Sina's Buch). (17/18)

Hilfe Teilnehmer mit Anreisen zu 100 Mk. zu 200 Mk., zu 300 Mk. und bis zu 1000 Mk. auf. Anleihe wird zum vollen Nennwert in Zahlung genommen. Das Gemüse wird in unseren Verteilungsstellen an die Mitglieder billig abgegeben, bei nötiger Auslieferung des Groß- und Kleinhandels. Der Gewinnüberschuss wird als Dividende an die Mitglieder verteilt. Die alten Mitglieder sind mit Wintergenüß reichlich versorgt worden. Die jetzt neu beitretenden Mitglieder sind berechtigt, schon an der ersten Verteilung von Frühgemüse teilzunehmen. — Aufnahme neuer Mitglieder haben wir im Laden Petersburgerstr. 42. Montags, Mittwochs, Freitag 9-12 und 4-7, außerdem Sonntag 11-1. Ferner im Leben Rosenhagenstr. 4. Dienstags, Donnerstags, Sonnabends 10-4 und Sonntag 8-10. Ferner täglich im Verwaltungsbüro: Burgstr. 27 III. Zimmer 76 (gegenüber Sina's Buch). (17/18)

Berliner Konzerthaus. Mauerstraße 22. Zimmerstraße 20/21. Heute: Großes Konzert des Berliner Konzerthaus-Orchesters. Leiter: Komponist Franz von Sion. Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr. An allen Nachmittags-Konzerten im vollen Orchesterbesetzung.

Busch. Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2, u. 7 1/2, U. Granatenkönig Planet. Aufnahmen einer scharf abgeschossenen 46 Pfund schweren Granate. 3 Reize. Karl Rejasek, Schmelzmeister auf „Czarndarsteller“. Zum Schluss: Mondfahrt.

Voigt-Theater. Badstr. 58. Badstr. 58. Täglich: O diese Chemänner! Rollenerstr. 6 1/2, Vinjan 7 1/2, II. Apollo. Friedrichstr. 210. 7 1/2. Der Flieger von Tsingtau sowie die verblüffenden Variété-Attraktionen. Theaterkass. ab 10 U. ununterbr. geöffnet.

Casino-Theater. Volbringstr. 37. Tägl. 7 1/2, II. Wieder ein alterer Schlag. Witziger Humor! Gr. Erfolg! Hamsterfrühe. Berl. Welle in 3 Akte. — Dazu: Heck, 2 Eros, Carry Hartwell. Sta. 4 II. Schipp, schipp, hurra!

Zigarren I. großer Auswahl! F. Ernst Borch, Berlin, Str. 21. Franz Abraham. Hans Meisinger, a. Romertrank-Kell. G. 3. Berlinstr. 14. Fernsp. Kest. 13736. Sandagen, Gummiw. R. Banne, Stralauer Str. 24. E. Kraus, Krammstr. 33. A. E. Lange, Brunnenstr. 166. Bäder- u. Konditoreien. Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 10. Lachan, Gr.-Lichtstr., Cassowest. 14. Bierbrauerei, Bierhandlung. Brauerei Bötzw. Qualitätsbiera. Hermann Meyer, Schützenstr. 21.

Elegante Pelzmäntel ziemlich billig 725.-. Glockenform in Ia Fohlen- und Persischer-Klasse auf Brokat gefüttert. Seal-Electric N. lang, wunderbare Stücke, 1500.-, 1200.-, 800.-. Imprägnierte Seiden- und Seidengummimäntel, wunderbare Stickenschirme, 200.-, 225.-, 300.-, 175.-, 150.-, 125.-. Relzende Kammgarn- u. Seiden-Kostüme. wunderbare neueste Schöpfungen, Stoff und Seide zusammen verarbeitet, 400.-, 350.-, 275.-, 215.-. Samtkostüme, 300.-, 250.-, 225.-. Verkauft von der Seidenbekleidungs-Gesellschaft für die Herren u. angelegentlich. Blusen nur für die Stadt, Berlin in 3 Serien 10,90, 10,50, 12.-. Gesellschaftskleider, Röcke in Seide, Samt, Stoff in großer Auswahl. Sealplüschmäntel 450, 375, 325. Dicke Uster, Prachtstücke 275, 225, 150. Astrachanmäntel auf Seide 275, 225, 150. Astrachanmäntel, Blumenform 100. Westmann, I. Geschäft: Berlin W. Mohrenstraße 37a. II. Geschäft: Berlin NO. Gr. Frankfurter Str. 115. Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Friedenau. Rheinstr. 9, Vorderhaus, 1 Treppe.

Einladung zur außerordentlichen Ausschusssitzung am Donnerstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Sitzungszimmer der Kasse, Rheinstr. 9, vorn 1 Treppe. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes über den erfolgten Austritt aus dem Gesellschaftsvertrag Groß-Beiten. 2. Abnahme der Jahresrechnung für das Jahr 1917. 3. Bericht der Revisoren. 4. Satzungsänderung auf Grund der Bundesrats-Entscheidung vom 22. November 1917. 5. Verchiedenes. Berlin-Friedenau, den 18. Februar 1918. Vorstand: Ulrich, Schriftführer: 1. Vorsitzender: Schriftführer.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuss, Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.). Spezialarzt für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden. Blutuntersuch. Schnell, sichere, schmerzlos. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 202/12. Sprechstunde: 11-1 u. 6-8.

Wie ein Wunder. Dr. Rat Dr. Strauß Hausalbe. jed. Hautauschlag, Pityriasis, Hautjucken, bei Weinschäden, Krampfadern der Beine u. dergl. Sprechstunde: 11-1 u. 6-8. 4,33 und 7,50. Elefant-Apothek, Berlin, Leipziger Str. 74 (am Dönhofsplatz).

Spezialarzt Dr. med. Laabs. beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstörung. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobte Methoden Harn- und Blutuntersuchung. Sprechstunde: Königsstr. 84/88, Miensbergstr. 10-11, 6-8, Sonntag 10-1.

Zigarren. per Kiste 225-300 Mk. per Kiste, 100er Kiste 18. Qual. Wolf, am Dönhofsplatz.

Danksagung. Allen denen, die uns anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres guten Vorgesetzten, des Vorstehenden des Zentr.-Ar.-U. Vereins der Schmiede.

Emil Basner. Helfen Ihrer warmen Anteilnahme gegeben haben, sagen wir herzlich unsern herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir dem Gen. Vorstand für die mobilisierenden Worte am Begräbnis, dem Herrn Vertreter des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, dem Genossen der Parteiorganisation Leon Verlin und dem 6. Berliner Reichstagsabgeordneten, Herrn Kollegen vom Reichsarbeitsverband der Dreierverwaltung Berlin, dem Vorstand der Arbeiterkassen, dem Vizepräsidenten der Arbeiterkassen 46a-48 und seinen Kollegen vom Zentr.-Ar.-U. Verein der Schmiede u. dem Gewerkschafts-Verband des Zentr.-Ar.-U. Vereins der Schmiede, dem Vorstand, dem Magistrat und den ausführenden Delegierten. 18008 Berlin N 20, Prinzenallee 16a.

Grünes Möbelgeschäft am Platz (acht laufend bessere Möbel untergebracht). Es handelt sich um Aufg. u. Möbel, Küchenschrank, Schrank, in Höhe, Wabagon u. Ruhbaum; ferner um Aufg. u. eieg. Schlafzimmern für 1000 bis 1500 Mark. Es sollen sich daher nur Tischlermeister melden, die in der Lage sind, gute Arbeit heranzubringen. Gef. Off. u. J. N. 2402 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19. 18/18

Spezial-Arzt Dr. med. Hasché, Friedrichstr. 90. Spezialarzt für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden. Blutuntersuch. Schnell, sichere, schmerzlos. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 202/12. Sprechstunde: 11-1 u. 6-8.

Erfinder. während des Krieges große Erfolge! Rat zur Verwertung von Erfindungen kostenlos. Norddeutsches Patentbüro, Ältestes Bureau Berlin, Berlin, Friedrichstr. 9. 9-5, Sonntags 11-1.

Urinhalter für Besten, ist ein Mittel, um die Urinmenge zu vermindern, ist ein Mittel, um die Urinmenge zu vermindern, ist ein Mittel, um die Urinmenge zu vermindern. 12, meistlich 15 Mk. Berlin, Germania, Berlin O 112, Ust. II V. Prossener Str. 19.

Sozialdemokratische und Staatsbürgerl. Organisation der Staatsbürger, Weltbürger und Mensch. Von Nationalrat Robert Geibel. Vorstandsmitglied an der Unterstadt 12. Der Verfasser hat in seinem Bericht u. a. die vorliegende Schrift beiläufig nicht nur die Vertreter eines einzelnen Volkes, sondern die einer ganzen Nation in unserer Partei, aber die sich in diesem Kampfe immer und überall auf die Seite, auf die Seite der ... Preis Kart 2,50. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3 (Laden).

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Schloffer Bruno Naumann. Dudenroder Str. 24 am 18. Februar gefordert ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rosenthaler Kirchhofes in Reinholdsdorf, Köpenickerstr., aus statt. Regere Beteiligung wird ermahnt.

Nachruf. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unter Leitung der Arbeiterin Mariha Röble. Reudün, Köpenickerstr. 4 am 14. Februar gestorben ist. Ihre letzten Wünsche! (202/4) Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands. Jahrestelle Berlin und Umgebung, Bezirk 14. Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unter Leitung des Mitgliedes und Sekretärs August Hintze am 17. d. M. verstorben ist. Obre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Heiliggeistigen Gemeinde, Doppel-Köpenickerstr., aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 206/11 Der Vorstand.

Verband der Gemeldeten und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin. Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen Julius Vorpahl von der 22. Reiner-Gruppe. Obre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Reichs-Kirchhofes in Rudow aus. Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen ersucht. 189/14 Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend früh verstorben nach kurzem, schwerem Leiden, infolge Gehirnanfalls, unsere innigstgeliebte Tochter Margarete Mantke im 19. Lebensjahre. Dies zeigen schmerzhaft an die tiefbetraubten Eltern und Bruder Hans, Willi, nebst Braut Käthe Heldt. Berlin, Köpenickerstr. 23. Die Beerdigung findet am 20. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Reichs-Kirchhofes, Köpenickerstr., aus statt. 18008

Am Sonnabend, den 16. Februar, abends 7 Uhr, verschied ganz plötzlich und unerwartet mein innigstgeliebter Mann, unser dergestaltiger, treuherziger Vater, Bruder, Schwager und Onkel Otto Kusserow im 42. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetraubt an im Namen der Hinterbliebenen Anna Kusserow, geb. Göttinger, und Kinder. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reichs-Kirchhofes, Köpenickerstr., aus statt. 44/15, unt.

Am 18. Februar (nach langem, schwerem Leiden) unter heftigen Schmerzen und Vater, der Schriftsteller Ludwig Zempelburg im Alter von 88 Jahren. Die Beerdigung erfolgt am Freitag, den 22. Februar, nachmittags 10 Uhr, im Krematorium, Köpenickerstr. 87/88. Frau Dina Zempelburg geb. Rubin, nebst Kindern, Charlottenburg Uhlandstr. 14.

Danksagung. Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen herzlichsten Dank. 1442 Ww. Rüber.

Bezugsquellen-Verzeichnis. Unternehmende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen. Pilsener u. Würzler. Otto Koppel, Alte Jägerstr. 24. (Herrn- u. Kanaburg). J. Baer. Bismarckstr. 24. E. K. C. Jung, Bismarckstr. 24. K. H. Müller, Bismarckstr. 24. H. Müller, Bismarckstr. 24. Vester, E. Köpenickerstr. 11. M. H. Müller, Bismarckstr. 24. Bethke, Georg, Bismarckstr. 24. Gaege, Otto. F. W. Sichter. Singer Nähmaschinen. Läden in allen Stadtteilen.

Meierei C. Bolle. Berlin N. W. 21. Alt Moabit. Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb. M. Albrecht. Uhren u. Goldwaren. Hugo Böling. Herm. Meyer & Co. Ges.

